

An den Bundestagsabgeordneten des Hochtaunuskreises

Markus Koob

Bad Homburg, den 18.09.2020

Sehr geehrter Herr Koob,

die Bilder aus Moria haben uns zutiefst bestürzt. Wir können es nicht fassen, dass es zu einer derartigen Katastrophe kommen musste. Schon lange haben etliche Organisationen, aber auch deutsche Politiker*innen auf die desaströsen Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln hingewiesen. Aber alle bislang ergriffenen Maßnahmen waren nicht mehr als ein winziger lauwarmer Tropfen auf einen glühend heißen Stein. Und nun hat dieser Stein Funken geschlagen und ein Inferno ausgelöst: Tausende von Menschen sind in einer noch elenderen Lage, als sie es ohnehin schon waren.

Die EU hat sich im Angesicht dieser Situation völlig handlungsunfähig gezeigt. Die auch jetzt noch gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach einer europäischen Lösung ist daher absolut weltfremd, wenn nicht sogar zynisch. Allen ist längst klar: Es wird jetzt keine gesamteuropäische Lösung geben. Es muss unmittelbar gehandelt werden. Gerade Deutschland, das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat, muss mutig vorangehen. Weitere Willige werden folgen.

Wir, Freiwillig Engagierte und hauptamtlich Aktive in der Arbeit mit Geflüchteten aus Ihrem Wahlkreis, fordern Sie daher auf, alles Mögliche in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit die Bundesregierung, genauer gesagt der Bundesminister des Inneren, endlich die Blockadehaltung aufgibt und möglichst alle Menschen aus Moria nach Deutschland kommen können. Zumindest sollten die Kommunen und Bundesländer, die sich zu einer zusätzlichen freiwilligen Aufnahme bereit erklärt haben, Menschen aus Moria zu sich holen können. Es steht zu hoffen, dass dann weitere Städte, Kreise und Länder diesem Beispiel folgen.

Der zwischen den Koalitionspartnern ausgehandelte Kompromiss, 1.553 Menschen von den griechischen Inseln aufzunehmen, ist sicherlich besser als die ursprünglich geplante Aufnahme von allenfalls 150 unbegleiteten Minderjährigen aus Moria.

Deutschland wäre aber zu einer Aufnahme von weitaus mehr Menschen in der Lage. Und Deutschland wäre nicht nur dazu in der Lage, sondern aus unserer Sicht auch dazu verpflichtet.

Denn die in Art. 1 GG verankerte Verpflichtung des Staates, in seinem Handeln den Schutz und die Achtung der Menschenwürde zu garantieren, endet ebenso wenig an den Grenzen der Bundesrepublik, wie die Würde des Menschen dort endet. Vor genau fünf Jahren ist die deutsche Regierung in vorbildlicher Weise dieser Verpflichtung nachgekommen, indem Hunderttausende Menschen aufgenommen wurden. Die Verpflichtung gilt immer noch.

Deutschland hat es geschafft, die sich aus der Aufnahme so vieler Menschen ergebenden Herausforderungen zu bewältigen. Deutschland kann es auch ganz sicher schaffen, jetzt zeitnah 13.000 Menschen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

AK Asyl Friedrichsdorf

Johannes Heinrich, Bad Homburg

AK Flüchtlingshilfe Neu-Anspach

Susanne Kühn-Heinrich, Friedrichsdorf

Internationale Verein WINDROSE 1976 e.V. mit der Flüchtlingsfamilienhilfe
Oberursel

Pfr. Michael Toenges-Braungart (Dekan Evangelisches Dekanat Hochtaunus)

Dr. Tobias Krohmer (Moderator AK Flüchtlinge im Hochtaunus)

KuLer-Treff gUG, Friedrichsdorf

Tijana Thielemann (Sozialarbeiterin, Kronberg)

Kanzlei Löffler, Glashütten

Wolfgang Mühle, Steinbach/Ts.

Pfr. Dietmar Diefenbach, Bad Homburg

Agathe Baumann, Oberursel

Pfrin. Margit Bonnet (Klinikseelsorge, Bad Homburg)

Flüchtlingshilfe Weilrod

Flüchtlingshilfe Kronberg

Christoph Diringer (Bezirksreferent Katholischer Bezirk Hochtaunus)

Barbara Köhler, Steinbach

Pastor Horst Weinmann, Bad Homburg

Café International Flüchtlingshilfe Grävenwiesbach

Offenes Haus der EFG Bad Homburg

Semra Demit (Beraterin, Oberursel)

Arbeitskreis Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche Wehrheim

Esther Herzog, Friedrichsdorf